



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Z/XV/237 - 15. Oktober 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Groesse Last auf schmalen Schultern</u> Eine Betrachtung über die Probleme des Zonengrenzgebietes Von Egon Höhmann, MdP	79
3 - 4	<u>Bolivien zwischen Furcht und Hoffnung</u> Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	89
5	<u>Einsicht - aber keine Konsequenzen</u> Trotz Milchschemms noch Milchprämie	33
6	<u>Berlin und der Schulfunk</u> Zur Tagung aller deutschen Rundfunkstationen in Berlin	31

* * *
* * *

Grosse Last auf schmalen Schultern

Von Egon Höhmann MdB

Am 26. Mai 1952 rasselte der Eiserner Vorhang zwischen der Bundesrepublik und der sowjetisch besetzten Zone nieder. Die Verantwortlichen in Pankow waren seinerzeit von dem Wunsche beseelt, das Drama, das sie bis dahin auf offener Bühne inszeniert hatten, den Blicken kritischer Zuschauer zu entziehen. Sie zerrissen mit dieser hermetischen Abgrenzung rücksichtslos alle Fäden, die seit Jahrhunderten durch verwandtschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen geknüpft worden waren.

Die Bevölkerung, die entlang dieser Willkürgrenze wohnt, sah sich von einem Tag zum anderen vor das Problem gestellt, Grenzlandbevölkerung zu sein und mit dem Rücken zur Zonengrenze neue kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen im Westen suchen zu müssen.

Der Wirtschaft, die besonders hart getroffen war, musste geholfen werden, neue Arbeitsplätze waren zu beschaffen und viele Bauern, die ihre Ländereien verloren hatten, waren zu entschädigen. Eine Unzahl von Wirtschafts- und Verkehrsproblemen tauchte auf, rasche Hilfe war notwendig.

Es war das Verdienst der SPD-Fraktion im ersten Deutschen Bundestag, mit einer Grossen Anfrage und ganz konkreten Anträgen die Bundesregierung gezwungen zu haben, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. Seit jener Zeit haben die sozialdemokratischen Fraktionen auch des zweiten und dritten Bundestages alle wesentlichen Vorschläge zur Lösung der Zonenrandprobleme selbst erarbeitet und dem Plenum vorgelegt.

Durch die wirtschaftlichen und kulturellen Förderungsprogramme, zu denen auch die Länderregierungen wesentlich beitrugen, ist es dem Zonenrandgebiet erspart geblieben, zum Armenhaus der Bundesrepublik abzusinken. Die kräftige Konjunktur belebte auch die Wirtschaft in diesem Gebiet. Aber es lässt sich nicht übersehen, dass der Startschuss für die wirtschaftliche Uorientierung erst im Jahre 1952 gefallen ist. Deshalb hat die Wirtschaft an der Zonengrenze, wenn man von wenigen Ausnahmen absieht, heute erst jenen Stand erreicht, den Industrie, Handwerk und Handel in den Ballungsräumen schon vor drei Jahren überschritten hatten.

So wertvoll die Bundeshilfen waren, sie reichten doch nicht aus, die heute noch bestehenden strukturellen Schwächen zu beheben. Will man das tun, muss der ganze Fragenkomplex viel energischer angegangen werden. Es gilt vor allem, die politische Notwendigkeit einer verstärkten Hilfe einzusehen.

Es ist einfach unerträglich, dass noch immer ein erhebliches wirtschaftliches West-Ost-Gefälle besteht. Die besondere Lage dieses Gebietes zwingt dazu, eine Art Schaufenster des freien Westens aus dem Zonengrenzland zu machen; dieses Schaufenster darf keine Ausstellungsstücke enthalten, die man in den Ballungsräumen schon vor drei Jahren aus dem Verkehr gezogen hat.

Wer da Tag für Tag miterlebt, wie jede wirtschaftliche und kulturelle Maßnahme westlich der Zonengrenze mit einem Gegenzug auf der anderen Seite beantwortet wird, muss zu der Überzeugung kommen, dass es einer verstärkten Offensive bedarf, will man die Überlegenheit der westlich-freieitlichen Staatsform sinnfällig demonstrieren. Zahlenspielerereien und Taschenspielertricks, mit denen Regierung und Regierungspartei zu verschleiern suchen, dass die Förderungsmaßnahmen unzulänglich sind, ziehen hier nicht mehr. Das Auffallendste an der etwas fadenscheinigen Argumentation ist, dass man stets die Ausgaben grosser Zeiträume - unter fünf Jahren tut man es nicht - addiert, damit eine halbwegs ansehnliche Summe zustande kommt. Die Wahrheit ist, dass für 110 Stadt- und Landkreise ganze 26,5 Millionen DM zuzüglich 10 Millionen DM aus dem Zehn-Städte-Programm zur Überwindung struktureller Schwächen zur Verfügung stehen. Also 36,5 Millionen bei einem Haushalt von fünfundvierzigtausend Millionen!

Da sind die Leistungen der Kommunen im Zonenrandgebiet weit- aus respektabler. Eine exakte Erhebung in 13 ober- und unterfränkischer Landkreisen ergab, dass fast 65 Prozent der Verschuldung dieser Landkreise auf die Finanzierung von Maßnahmen zurückzuführen sind, die ausschliesslich durch die Zonengrenzziehung notwendig wurden.

In absehbarer Zeit werden diese Kreise und Gemeinden so weit sein, dass sie auf der Ausgabenseite ihrer Haushaltspläne nur noch Abtrag und Zinsen für in Anspruch genommene Darlehen zu verzeichnen haben. Die beliebte Ausrede, dass man in den Aufgabenbereich der Länder nicht eingreifen könne, ist hier nicht stichhaltig. Die Lasten der Zonengrenzziehung können nicht den betroffenen Ländern allein aufgebürdet werden.

"In diesen Gebieten sind eben zusätzliche politische Leistungen aufzubringen ... Dass sie eine gesunde Struktur haben müssen ... das wird doch offenbar einleuchten". (Staatssekretär Franz Thedieck vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen am 11. August 1958 über den Hessischen Rundfunk).

Worte - und die Taten?

+ + +

Bolivien zwischen Furcht und Hoffnung

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Bolivien, der grösste Zinnstaat der Welt, steht gleichzeitig vor grossen Schwierigkeiten und grossen Hoffnungen. Die Schwierigkeiten entspringen wirtschaftlichen Quellen. Sie bedrohen die sozialen Hoffnungen, welche die zum Überwiegenden Teil indianische Bevölkerung auf den vor einiger Zeit erfolgten Wahlsieg der "Nationalrevolutionären Bewegung" setzte, der Dr. Víctor Paz Estensoro zum zweiten Male zum Präsidenten des Landes machte. Das lateinamerikanische Sekretariat der Sozialistischen Internationale begrüsst die Übernahme der Präsidentschaft durch Paz Estensoro und sprach die Hoffnung aus, dass nunmehr Bolivien die grundlegende Agrarreform, die dieser während seiner ersten Präsidentschaft von 1952 bis 1956 begonnen hatte, zu Ende führen und die ebenfalls durch ihn damals vorgenommene Nationalisierung der Zinngruben aufrechterhalten werde. Bei aller Sympathie skeptischer betrachtete das Zentralorgan der Freien Gewerkschaftsinternationale, die "Freie Gewerkschaftswelt" den neuen Regierungsantritt Estensoros und der "Nationalrevolutionären Bewegung". Sie wies darauf hin, daß die nationalisierte Zinnwirtschaft im Jahre 1959 nur Zweidrittel der ihr vom Internationalen Zinnkartell zugewiesenen Produktionsquote erfüllt habe und erinnerte daran, daß in den letzten 40 Jahren nur zwei Präsidenten Boliviens die Präsidentschaft während ihrer ganzen Amtsdauer zu halten vermocht hatten...

Von Putschen überschwemmt

In der Tat gehört Bolivien noch heute zu den Staaten, die neben einer analphabetischen Volksmasse eine Intellektuellenschicht der verschiedensten politischen Spaltungen aufweist und in seiner ganzen Unabhängigkeitgeschichte, seit 1825, von Putschen und Diktaturen überschwemmt wurde. Paz Estensoro und seine MNR (Nationalrevolutionäre Bewegung) wurden während des Weltkrieges von der alliierten Propaganda als faschistisch bezeichnet, weil Estensoro bei seinem Kampf gegen die damalige vom Zinnkapital finanzierte Diktatur die Unterstützung Perons liess und Boliviens Teilnahme am Weltkrieg ablehnte. Als er dann auf demokratischem Wege 1952 an die Macht gelangte und die Nationalisierung der Zinngruben proklamierte, wurde er als Kommunist verschrien. Heute droht eine Parteigruppe, die "Parteien der revolutionären Linken" mit Putschen und versucht die Zinnarbeiter zu "Generalstreiks" zu bewegen, während auf der Rechten eine "Partei der sozialistischen Falange" steht, die ein ausgesprochenes nationalsozialistisches Programm durchsetzen will und mit einer "liberalen" Partei zusammenarbeitet, die hauptsächlich die Interessen des ehemaligen Zinnkönigs Patino, bzw. seiner Familie vertritt und die Reprivatisierung der Zinngruben vertritt.

Nimmt man hinzu, dass es eine "Revolutionäre Arbeiterpartei" gibt, die sich "Mitglied der IV. Internationale" nennt, welche seiner-

zeit von Trotzki in seinem Exil in Mexiko gegründet wurde, und eine "Christlichsoziale Partei", deren Zentralorgan von einer internationalen Petroleumgesellschaft, der "Gulf Oil Co" finanziert wird, so versteht man, dass auch die Kommunisten sich für Bolivien interessieren.

Kommunistische Aktivität

Es gibt eine kommunistische Partei, die mit dem Schlagwort arbeitet, Estensoro hätte Bolivien an den "Yankeeimperialismus" verkauft und versucht, durch neutrale Klubs die Opposition gegen die MNR zusammenzuschweißen. Unter kommunistischer Tarnung gibt es "Freunde der Tschechoslowakei", einen "Kongress für den Weltfrieden", eine Bewegung "Freiheit Lateinamerikas", eine "Internationale Union der Studenten". Ausländer arbeiten nicht nur direkt in der kommunistischen Partei, sondern auch in diesen Klubs und in anderen Parteien der Opposition als Agenten Moskaus. So versucht eine Nichte des italienischen Kommunistenführers Togliatti die Frauen für den "Weltfrieden" zu gewinnen, ein Ungar, ein Österreicher und ein Chilene deutscher Abstammung verwalten ein "Internationales Verbindungsbüro" der "Parteien der revolutionären Linken", das in rein kommunistischem Sinne arbeitet, während gute deutsche Namen, wie Herzog und Stump eine Rolle in der Rechtsopposition spielen.

Schweres Erbe

Angesichts diesen Wirrwars von Parteien (und Futschlüstern) ist für die Regierung Estensoro ein unleugbares technisches und finanzielles Versagen der Verwaltung ein bitteres Erbe der vorangegangenen Regierung. Die besten Techniker und Arbeitsleiter in den Zinnbergwerken sind meist Ausländer, waren dem Abruf der Zinnmagnaten nach anderen neuen Arbeitsstellen in Indonesien und Afrika gefolgt. Modernisierungs- und Rationalisierungsarbeiten blieben liegen. Noch schlimmer war, dass Nordamerika erwog, seine Entwicklungshilfe einzustellen. Eine Untersuchung des Senats der Vereinigten Staaten war zu dem Schluss gekommen, daß die 137 Millionen Dollar, welche die Ver. Staaten von 1953 bis 1958 Bolivien als Entwicklungshilfe gegeben hatten, schlecht verwaltet und verschleudert wurden. Die Untersuchung stellte Korruption, Versagen der bolivianischen Kräfte, sinnlose Investitionen der nordamerikanischen Experten fest. Estensoro muss damit rechnen, dass Washington ihn sehr strenge Vorschriften für die Verwendung etwaiger neuer Dollarhilfen machen wird.

Schon jetzt gewinnt die Opposition Anhänger dadurch, dass die Regierung Estensoro es für notwendig hielt, den 17 nationalisierten Zinngruben eine autonome Direktion zu geben, die auch berechtigt ist, mit ausländischen Firmen zusammenzuarbeiten, ohne die Regierung zu befragen. Der Kampfruf "Verrat der Nationalisierung" wird in die Indianerdörfer der Anden getragen - Niemand weiss, ob und wann er zünden wird....

+ + +

Einsicht - aber keine Konsequenzen

M.v.J. - Bundesernährungsminister Werner Schwarz gab kürzlich dem Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt in München ein Interview, in dem er erklärte, die Milchprämie solle trotz allergrößter Bedenken auch im kommenden "Grünen Plan" nicht begrenzt werden.

Erst im April hatte Werner Schwarz, bei einer Landesagrartagung der CDU Nordrhein-Westfalens in Hamm, gesagt: "Ich weigere mich, neue Zuflüsse von Milch noch weiterhin zu prämiieren. Hinterher müssen wir uns dann fragen: wohin mit der Milch? So wie wir es bis jetzt gemacht haben, geht es auf keinen Fall weiter!"

Eine sehr einsichtevolle Feststellung; denn es ist doch ein Eohn auf den gesunden Menschenverstand, etwas zu prämiieren und damit weiteren Anreiz zur Produktionsausweitung zu geben, wenn auf der anderen Seite der Butterberg ständig wächst und Sorgen bereitet. Aber angesichts der Bundestagswahlen, die nun näher rücken, fragt sich der Bundesernährungsminister nicht mehr, wohin mit der Milch, Soll sie ruhig dazu beitragen, daß der Butterberg höher wird. Die öffentlichen Mittel für die staatliche Vorratshaltung müssen ja ausgeschöpft werden...

Der Verbraucher aber zahlt weiterhin: zuerst die Prämie, damit die Milch reichlich fließt, denn die Lagerkosten, weil der Milchstrom über die Ufer trat. Bundesernährungsminister Schwarz weiß zwar, daß diese Methode falsch ist, aber er darf nicht die notwendigen Konsequenzen ziehen, weil sonst vielleicht ein trauer CDU-Wähler wegen der Abschaffung der Milchprämie am Wahltag grollt und nicht zur Urne schreitet.

Und das ganze nennt sich Agrarpolitik, in einer Zeit, da die deutsche Landwirtschaft die äußersten Anstrengungen machen muß, um ihre Konkurrenzfähigkeit im Rahmen des gemeinsamen Agrarmarktes zu erreichen. Mit derartigen Manipulationen, die wie ein Griff in die alte, verschnörkelte Truhe agrarpolitischer Überlegungen einer längst vergangenen Epoche anmuten, schadet die Bundesregierung auch der Landwirtschaft, die nicht nur Einsicht, sondern auch Konsequenzen zur Gesundung braucht.

Berlin und der Schulfunk

H.G.S. - Der Schulfunk hat immer stärker - besonders als aktuelles Publikationsmittel zu politischen und gesellschaftlichen Fragen unserer Gegenwart - auch die Schulstunde erreicht. Alle grossen deutschen Sender betreiben derzeit ein umfangreiches Schulfunkprogramm, das einen erheblichen Teil der Sendezeit ausmacht und sowohl in den Vormittagsstunden als auch in den Nachmittagsstunden ausgestrahlt wird. Die Erfahrung zeigte, daß diese Unterrichtungen auf allen Gebieten, vor allem zur Zeitgeschichte und zu Fragen der jüngsten Vergangenheit, von sehr vielen Erwachsenen gehört werden.

Auf Initiative des Leiters des Schulfunks im "Sender Freies Berlin", Paul Wallinisch, der zu den bekanntesten Fachleuten des pädagogischen Funks in Deutschland gehört, trafen sich jetzt die Leiter und Redakteure aller grossen deutschen Schulfunkstationen in Berlin zu einer mehrtägigen Tagung. Es wurden Fachfragen diskutiert wie vordringliche Fragen des Mitschnitts und der Bandausleihe, der Mitarbeiterhonorare, des Programmaustausches und der Programmplanung.

Wesentlichste Aufgabe dieser innerdeutschen Kontaktnahme des pädagogischen Rundfunks, die zum ersten Male seit sechs Jahren wieder stattfand, war es, das Problem der Stadt Berlin auch der westdeutschen Schülerschaft aus eigener Unterrichtung der Schulfunkredakteure nahe zu bringen. Da hier teilweise unglaublich mangelhafte Informationen bestehen, ist es umso nötiger, den freiheitlichen Behauptungswillen der deutschen Hauptstadt aus der demokratischen Perspektive auch im deutschsprachigen Schulfunk zur Geltung zu bringen.

So sah die Tagung einen Besuch in dem Hauptflüchtlingslager Marienfelde vor und einen Empfang beim Regierenden Bürgermeister Willy Brandt, der den Schulfunkleuten einen unmittelbaren Einblick in die besondere Lage des um die Bewahrung seiner Freiheit ringenden Berlins bot.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel